

Bezugspreis:
Wochenschrift 1.10, monatlich 7.00, vierteljährlich 20.00, halbjährlich 35.00, jährlich 65.00
Einzelhefte 1.00
Anzeigenpreis:
Die abgegebene Anzahlung...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 12. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 11758-54.

Englands Antwort an Frankreich.

Paris, 11. April. Wie eine Kavade mitteilt, hat der englische Botschafter heute am Quai d'Orsay dem Ministerpräsidenten Millerand die Antwort der englischen Regierung auf die letzte französische Note überreicht.

London, 11. April. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die britische Antwort auf die französische Note erneut versichert, daß die britische Regierung entschlossen ist, die Durchführung des Friedensvertrages mit Bezug auf die Abrüstung, die Wiedergutmachung, die Kohlenlieferungen und andere ähnliche Fragen in vollem Zusammenwirken mit den anderen Alliierten zu erzwingen.

Die Rückkehr der Flüchtigen.

Ein Telegramm an den Reichskanzler.
(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Folgendes Telegramm wurde heute an den Reichskanzler geschickt:
Die heute, am 11. April 1920, im Hotel Engelung in Darmen tagende Sitzung der Vorstände der S. P. D. von Darmen, Elberfeld, Schwinkel hält die Abmachungen Severings in Wäpfer vom 9. April in bezug auf Rückkehr der Flüchtlinge für ungelegen.

Ein drohender Oberst.

Einsetzung von Standgerichten verlangt!
Essen (Ruhr), 12. April. Oberst v. Baumbach, der Militärbefehlshaber von Essen, hat von der Regierung gefordert, daß ihm Handlungsfreiheit, vor allem die Einsetzung des Standgerichts, gewährt werde, andernfalls werde er abziehen und das Ruhrgebiet sich selbst überlassen.

Es verlautet, daß die französische Antwort das selbständige Vorgehen der Franzosen rechtfertigt und erklärt, Frankreich beabsichtige, fortan keine Aktion zu unternehmen, zu der es nicht vorher die Zustimmung der Alliierten erhalten hätte.

„Bataille“ gegen Millerand.

Aus Paris wird gemeldet, daß das Gewerkschaftsorgan „La Bataille“ das Vorgehen der französischen Regierung scharf kritisiert. Millerand habe Frankreich in ein absurdes Abenteuer hineingeführt.

Belgiens Anteil.

Paris, 11. April. Der Berichtshalter des „Intransigent“ meldet aus Raing, 500 Mann belgische Truppen würden heute Kriess verlassen, um sich nach Raing zu begeben.

regierung wird erneut Bündnistoff in die Gefährzonen geschleudert, der zu einer gefährlichen Explosion Anlaß geben kann. Der provozierende Ton des Ultimativums beweist überdies, daß gewisse Offiziere sich nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß sie im Dienste der republikanischen Regierung stehen und ausschließlich ausführende Organe der Befehle dieser Regierung sind.

Die Hölziade.

Abmarsch nach der Tschechoslowakei?
Chemnitz, 12. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Am Sonntag nachmittag kam Holz nach Plauen und wollte angeblich einen neuen Aktionsausschuß wählen lassen. In Wirklichkeit hatte er aber andere Absichten.

Die heutige Nationalversammlung.

Einige Tage früher als beabsichtigt tritt die Nationalversammlung, wie bereits gemeldet, heute nachmittag 3 1/2 Uhr zu ihrer ersten Sesssion nach Opiern zusammen.

Heuchelei und Hez.

Die Anschuldigungen eines Herrn Werner von Heimburg in der alldeutschen Presse, der komischerweise mich als den intellektuellen Urheber des Militärputsches vom 13. März 1920 bezeichnen, weil ich vor ihm zeitig gewarnt habe, veranlassen mich unlangst, die Anfänge und Vorbereitungen des Putsches in der deutschnationalen Presse wieder etwas zu studieren.

Befanntlich war Deutschland während der Unterzeichnungsperiode im Juni 1919 nur um Haarebreite von einem tödlichen Streich der Militärs entern. Als Gegenmittel gegen den drohenden Militärputsch wurde der Republikanische Führerbund gegründet.

Es wäre sehr interessant, jetzt festzustellen, wie gerade die Offiziere, die damals die Beleidigten spielten, sich in den Tagen des Kapp-Lüttich-Putsch verhalten haben. Auch hohe Generale ließen öffentlich gegen den Versuch Sturm, die ehrlich republikanischen Führer zu sammeln.

Bei der überflüssigen und daher schädlichen Bildung des Republikanischen Führerbundes wird vollkommen, ob absichtlich oder unabsichtlich sei dahingestellt, übersehen, daß alle Offiziere und Unteroffiziere, die in die neue Wehrmacht eintreten, ein Gelöbnis unterschreiben, durch das sie sich der neuen Regierung verpflichten.

Diese Bemerkung ist sehr interessant angesichts der Tatsache, daß jetzt die alldeutsche Presse immer wieder die Theorie aufstellt, der Eid auf die Verfassung habe mit der Treue gegen die verfassungsmäßige Regierung gar nichts zu tun. So schreibt in der „Deutschen Wehr“, der militärischen Wochenbeilage der „Deutschen Zeitung“, noch unter dem 11. April 1920 ein Anonymus gegen meinen Artikel: „Denn ich Reichssoldat wäre“:

Aber seit jeder haben die Deutschnationalen, während sie auf der einen Seite durch Vetenerungen über die Zuerlässigkeit der Reichswehr die Wachsamkeit der maßgebenden Stellen einzuschärfen suchten, auf der anderen Seite die Treue der Reichswehr und die Erkenntnis von der Bedeutung des Treueides mit allen Mitteln untergraben.



eine Rettung und Parole für die U. S. P.: Hermann und Bieser

Ein Teil der U. S. P.-Delegierten unentschieden diese Rede, in der der eigenen Partei „Lüge und Betrug“ vorgetrieben wird, noch mit „lebhaftem Beifall“.

Das ehrlöse deutsche Volk.

Ein teutonischer Teufel.

Wie sehr unsere Deutschnationalen das deutsche Volk lieben, beweist nicht nur ihre Politik der letzten fünf Jahre, durch die sie das Volk in den entsetzlichsten aller Kriege stürzten...

Anlässlich einer Bismarckfeier sprach der unbeflegte Gustav Noethe, der sich bekanntlich im Weltkrieg durch mannhafte Beschäftigung des Potsdamer Bahnhofs vor einem Einbruch feindlicher Truppen untergängliche Vorarbeiten errang...

Politik der Vorsicht.

Die Deutschnationalen sind gute Politiker und treffliche Regisseure. An unsere Mitteilung von den auffälligen Vorgängen in Pommern haben wir ausgesprochen, die Deutschnationale Volkspartei könne durch ihre Haltung gegenüber der pommerischen Bewegung am besten beweisen...

Der abgesetzte Landrat.

Zu den Vorgängen in Delitzsch.

Wir werden am Veröffentlichung folgender Zeilen gebeten: Die Angelegenheit in Delitzsch, bei der eine Anzahl bewaffneter Arbeiter unter Führung eines gewissen Hans Kolla den Landrat des Kreises Delitzsch v. Rantkeuffel verhafteten...

Die Opfer der Großagrarien.

Eine Infamie leistet sich die „Bilders-Post“, die illustrierte Beklage des alldeutschen Blattes gleichen Namens. Sie veröffentlicht Photographien untererwärts. Berliner Kinder unter der Überschrift: „Folgen der Kriegslage und der Revolution“.

Tatfachen. Der Wahrheit würdige vielmehr etwa folgende Ueber-

schrift entworfen: „Opfer der Bladade durch die Entente und durch die bruchnationalen Großagrarien.“

Ein Notruf.

Folgende erschütternde Zeilen, die wir unverändert im Wortlaut wiedergeben, weil sie blühendartig die trostlose Lage zahlloser Proletarierfamilien beleuchten...

Kann es überhaupt noch weiter gehen? Bis hierher habe ich immer Kaffeesstellen angenommen, Stunde 1 M. Das macht bei 8 Stunden Arbeitszeit 8 M. Mittagbrot bekomme ich, doch das andere Essen muß ich mir selbst mitbringen. Was sind 43 M. die ganze Woche? Für den Schieber reicht es nicht einmal einen Tag. Ein Paar Stiefelsohlen kosten 48 M., eine Rolle Käsegarn 42 M. Dazu die Nebenausgaben, Steuern usw.!

Wir kennen alle Einwände, die sich gegen obige Zeilen erheben lassen. Wir verkennen auch die durch die große Not vorhandenen und nicht so schnell zu beseitigenden Schwierigkeiten nicht. Trotzdem aber muß die Parole lauten: Für die Kernisten der Armen muß so viel vorhanden sein...

Was einem Staatsanwalt nicht genügt...

Aus Dresden wird uns geschrieben: Der am 14. März wegen Betrugs zum Hochverrat verhaftete Vorsitzende des Dresdener Bürgerausschusses, Friedrich v. Reifewitz ist auffallend schnell aus der Haft wieder entlassen worden...

Am 14. März telegraphierte Lüttich an Reifewitz, er solle im Einvernehmen mit General Moerdter sofort die Bildung einer neuen Regierung in Dresden in die Wege leiten. Der Staatsanwalt findet das gar nicht verächtlich...

Könnte sich Reifewitz jedoch in diesem Falle darauf hinausreden, daß ein Telegramm an ihn noch kein Beweis von Hochverrat sei, so gilt diese Ausrede aber nicht mehr in Bezug auf ein Telefongespräch, das von Reifewitz mit Kapp hatte.

Alles das soll nicht genügen, um ein Verbrechen wegen Hochverrats gegen diesen adeligen Herrn zu eröffnen? Oder waren diese Tatsachen dem Staatsanwalt nicht bekannt?

Dänemarks neues Wahlgesetz.

Kopenhagen, 11. April. Wie gestern das Landsting nahm heute das Folketing in Uebereinstimmung mit dem ursprünglichen konservativen Vorschlag das neue Wahlgesetz mit den Stimmen der Konservativen, Radikalen und Sozialisten gegen die Stimmen der Linken an.

Die Konferenz von San Remo.

Rom, 12. April. (All.) Nach der „Tribuna“ wünscht Frankreich angesichts der Haltung seiner Verbündeten zu seinem jüngsten Vorgehen gegen Deutschland Ausschub der Konferenz in San Remo, die am 10. April unter dem Vorsitz von Mitt eröffnet werden sollte.

Groß-Berlin

Die Mietsteuer kommt!

Dem Reichsrat ist der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zum Waufoenausgleich zugegangen. Durch diese Abgabe sollen die Mittel aufgebracht werden, die für die Waufoenberheifedavlehen notwendig werden. Die Abgabe soll verhalten, daß die in der heutigen Preisentwicklung liegende Möglichkeit zur Steigerung der Mieten und der Grundkaffepreise von dem privaten Grundbesitz über seine Selbstkosten hinaus ausgenutzt wird.

Der Abgabe sollen alle vor dem 1. April 1918 ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erbauten Gebäude unterworfen werden. Die Abgabe trifft den Gemeinderat und darf nur für die Förderung der Bauwirtschaft benutzt werden. Ein bestimmter Anteil, dessen Höhe jährlich festgesetzt wird, ist einem vom Reich zu verwaltenden Ausgleichsfonds zuzuführen.

Die Abgabe ist nicht zu umgehen, wenn überhaupt Mittel für eine weitere Baukaffepreis bestreift werden sollen, ohne die ja die Wohnungnot nicht wirksam bekämpft werden kann.

Wir haben schon in Nr. 88 vom 17. Februar unjsten ab- lehnenden Standpunkt zur Mietsteuer borgelegt und haben keine Veranlassung, ihn jetzt aufzugeben. Noch wie vor fordern wir, daß, wenn die Steuer schon kommt, sie zum mindesten abge- kauft wird.

Wir verlangen, daß diese im Interesse der körperlichen und geistigen Erstarlung unseres Volkes liegende Forde- rung bei der Beratung des Gesetzesentwurfes nicht nur berücksichtigt, sondern erfüllt wird.

Ein neuer Spielplatz im Südwesten.

Die Stadt Schönberg will jetzt den großen Spielplatz am Priesterweg herrichten, der schon vor dem Kriege beschlossen wurde. Das ganze Gelände wird in drei Spielflächen eingeteilt, von denen die beiden äußeren für Schlagball- und ähnliche Spiele, die innere für Fußball- und Hockeyspiele bestimmt sind.

Zum Kapitel Arzneimittelnott.

Eine Sache bekämpfen und sie gleichzeitig unterstützen ist schein- bar eine Unmöglichkeit. Aber das ist nicht so. Die Reichs- richter „Der Drogenhändler“ bringt dieses Kunststück ohne jede Schwierig- keit fertig. In ihrer Nummer 27 vom 1. April druckt sie ohne Kommentar eine Kopie der „Deutschen Krankenkassen Ztg.“ zur Arzneimittelnott ab, in der festgestellt wird, daß ungeheure Mengen von wichtigen Chemikalien und Drogen von Spekulationshändlern festgehalten oder sogar ins Ausland verschoben werden...

In einer Zeit, da in Berliner Apotheken oft nicht eine einzige Röhre Aspirin zu haben ist, werden hier 100000 Röhren in „Kriegspackung“ angeboten. Wir haben Grund, anzunehmen, daß hier etwas nicht ganz in Ordnung ist.

Junger langsam voran!

Mit welcher „Geschwindigkeit“ bei den Wahlen gearbeitet wird, ist allgemein bekannt. Das war früher so, ist heute noch so, wird hoffentlich aber bald anders werden. Als wenigstens haben diese Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben. Aber trotzdem müssen wir bitten, dafür zu sorgen, daß dieser Zeitpunkt bald kommt. Vor allen Dingen die mit der Versorgung der Bevölkerung beauftragten Amtstellen sollen daran denken, daß jedes Versäumnis, jede Hinauszögerung irgend einer Arbeit sehr oft die schwersten Schädigungen für die Mit- bürger einleitet oder für einzelne zur Folge hat.

In einem anderen Falle hat die Mutter eines Kindes Auf- fang 1910 die Zahlung der Waisenkasse beantragt. Inzwischen ist eine amtliche Bescheinigung vom Tode des Vaters vorgelegt worden, aber immer noch wartet die Frau auf Be- scheid.

Wie lange soll die Arbeitslosigkeit bei den Lebenden noch dauern?

Einer der gefährlichsten Vorkälle wurde von der Kriminal- polizei festgestellt. Der Verhaftete ist ein gewisser Herr Lan- dau, der schon wiederholt mit dem Gericht zu tun hatte und nach einer längeren Strafe zu verurteilt hat. In den vornehmsten Hiesigen Hotels wurden Gäste um große Beträge von einem deutschen Diebe, der mit Kaffeeschleife und Wechseln arbeitete, um bedeutende Beträge bestohlen. Der Verdacht lenkte sich auf den Spezialisten Landau, der schon wiederholt verurteilt wurde. Trotz aller Ver- bündnisse und allem Verweismaterial leugnete er bei jeder Vernehmung. Im Verlauf der Stadt ermittelte die Kriminalpolizei einen Händler, an den Landau viele Wert- und Schmuckstücke verkauft hatte. Diese kamen aus den Hotelverträgen. Die Nachforschungen ergaben, daß der gefährliche Spezialist jetzt mit seiner Frau im Schloßparkhof in Schloßpark wohnt. Re- zess Deonnis beobachteten das Hotel und folgten dem Paar, als es herauskam, unversehens. Auf dem Hofhof Großdickensstraße schickten sie dann zur Festnahme.

Der Republikanische Vorkreisbund veranstaltet Freitag 7 Uhr im Lehrereisenhaus, Alexanderplatz, eine öffentliche Versammlung. Thema: „Unser Wehrmacht“. Es werden sprechen: Major Müller-Brandenburg, Redaktionsleiter und Leutnant Anton Hücher. Eintrittskarten für Nicht- Mitglieder 1 M. in der Geschäftsstelle Berlin NW 6, Rosenstr. 11a, auch an der Abendkasse.

